

B

Ausgabe April 2014

BERICHT AUS DEM LANDTAG

GEMEINSAM DIE VERFASSUNG SCHÜTZEN

Thema des Monats
**GEMEINSCHAFTSAUFGABE
VERFASSUNGSSCHUTZ**

Aus dem Parlament
**DAVID MCALLISTER
VERABSCHIEDET SICH**

Klartext
**ABSCHIEBUNG IM
MORGENGRAUEN**

Aktuell
**SALAFISMUS IN
NIEDERSACHSEN**

Aktuell
**KEINE HARMLOSE
SÜSSIGKEIT**

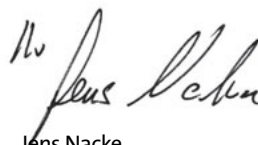
Aus der Fraktion
HÄFEN BESSER ANBINDEN

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

„Der Niedersächsische Landtag ist der zentrale Ort der politischen Auseinandersetzung“. Mit diesen Worten verabschiedete sich der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, David McAllister, im Rahmen des März-Plenums von den Abgeordneten des Landtages. Er wird sich bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 vollständig seinen neuen Aufgaben als Spitzenkandidat der CDU widmen. Der Landtag sollte seine Worte ernst nehmen. Die Politik der rot-grünen Landesregierung erfährt sehr viel Kritik. SPD und Grüne haben daher kein Interesse an einer Debatte im Landtag. Beratungswünsche der Opposition werden abgelehnt. Eine Enquete-Kommission nicht eingerichtet. Unterrichtungswünsche abgewürgt. Eine solche Rechnung wird nicht aufgehen. Wer in einer Demokratie versucht, seine politischen Entscheidungen zu verstecken, wird scheitern!



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

GEMEINSCHAFTSAUFGABE VERFASSUNGSSCHUTZ

Bericht zur „Zukunft des Niedersächsischen Verfassungsschutzes“ empfiehlt mehr parlamentarische Kontrolle, eine modernere Arbeitsweise und eine neue Fehlerkultur

Nicht mit einem radikalen Umbau, sondern mit sinnvollen Feinjustierungen soll der Niedersächsische Verfassungsschutz in die Zukunft geführt werden – das empfiehlt die von der CDU-Landtagsfraktion unter dem Vorsitz von Dr. Walter Remmers, Justizminister a.D., ins Leben gerufene Expertenrunde in ihrem Abschlussbericht.

Auch wenn Kommissionsmitglied und Extremismusforscher Dr. Rudolf van Hüllen konstatiert: „Wir haben keine Ruine vorgefunden, sondern einen funktionierenden Verfassungsschutz“, sieht die Kommission durchaus Reformbedarf.

Weniger Wagenburg-Mentalität, mehr Transparenz

Mit einer moderneren Arbeitsweise soll der Verfassungsschutz daher an die sich ständig verändernden Herausforderungen eines Nachrichtendienstes angepasst werden. Kernpunkte sollen dabei ein an die freie Wirtschaft angelehntes Qualitätsmanagement, Supervisionen sowie eine neue, positivere Fehlerkultur sein. „Weniger Wagenburg-Mentalität, mehr Transparenz – das führt am Ende zu mehr Akzeptanz für den Verfassungsschutz in der Gesellschaft“, betont CDU-Fraktionschef Björn Thümler. Zu diesem Zweck soll die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes verstärkt und der zuständige Landtagsausschuss künftig von der Behördenleitung detailliert über aktuelle Vorgänge informiert werden. Thümler: „Als deutliches Signal für eine stärkere Kontrolle sollte der Verfassungsschutzausschuss in ‚Parlamentarisches Kontrollgremium‘ umbenannt werden.“

Darüber hinaus plädiert das Expertengremium für eine Modernisierung der Datenspeicherung. Vor allem das schwer kontrollierbare Nebeneinander von



Der Verfassungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Landtagsfraktionen – darin sind sich der Kommissionsvorsitzende Dr. Walter Remmers (l.) und CDU-Fraktionschef Björn Thümler einig.

Foto: dpa

papierner und elektronischer Aktenspeicherung müsse überdacht werden, so Heino Vahldieck, Kommissionsmitglied und ehemaliger Hamburger Innensenator. Bei erstmals gespeicherten Personendaten soll künftig neben dem Sachbearbeiter auch der Referatsleiter die Rechtmäßigkeit der Speicherung kontrollieren.

Die Arbeit mit V-Leuten müsse auch in Zukunft fortgesetzt werden. „Nachrichtendienste sind auch auf die Erkenntnisse von Szeneangehörigen angewiesen, um hinter die Kulissen schauen zu können“, erklärt Vahldieck. Die Zusammenlegung verschiedener Landesämter für den Verfassungsschutz lehnt die Kommission hingegen aufgrund von praktischen Problemen ab.

Die CDU-Fraktion fordert, die Ergebnisse der Expertenrunde in einer gemeinsamen Enquete-Kommission aller Fraktionen im Niedersächsischen Landtag zu diskutieren. SPD und Grüne lehnen diesen Vorschlag bislang ab. Der Kommissionsvorsitzende Remmers dazu: „Der Verfassungsschutz ist eine parteiübergreifende Gemeinschaftsaufgabe und sollte aus parteipolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden.“

Die wesentlichen Ergebnisse der CDU-Expertenkommission im Überblick:

- Schutz vor Ausforschung: Nicht nur Behörden und Unternehmen sollen vor Ausforschung durch fremde Nachrichtendienste geschützt werden, auch Bürgern sollen Angebote zum Selbstschutz gemacht werden.
- Ausbau der parlamentarischen Kontrolle: Detaillierte Unterrichtungen des Landtages; Ausschuss sollte umbenannt werden in „Parlamentarisches Kontrollgremium für den Verfassungsschutz“; Möglichkeit Sachverständige zur Untersuchung einzusetzen; offen bleibt die Frage, wie mit beobachteten Abgeordneten umzugehen wäre (z.B.: Einzug der NPD in Landtag).
- Präventionsarbeit durch Verfassungsschutz: Schutz der Verfassung durch Bildung und Information; Verfassungsschutz muss auch an Schulen über Gefährdungen der freiheitlichen Grundordnung aufklären dürfen.
- Datenspeicherung modernisieren: Aktenführung und Datenspeicherung sollte modernisiert werden: klare Zuständigkeiten zu Entscheidungen der Aktenspeicherung, Stärkung des Problembewusstseins bei Speicherung unter den Mitarbeitern.
- Neuer Umgang mit Fehlern: Positiver Umgang mit Fehlern durch Vorgesetzte und Öffentlichkeit; Einführung moderner Fehlermanagementsysteme aus der Wirtschaft, Supervision als institutionalisierte Selbstreflexion besonders bei Führung von V-Leuten; Prüfung ob Schadensersatzansprüche bei fehlerhafter Datenspeicherung eingeführt werden sollten.

Den vollständigen Bericht der Expertenkommission zur „Zukunft des Niedersächsischen Verfassungsschutzes“ finden Sie unter:

<http://presse.cdu-fraktion-niedersachsen.de/assets/Uploads/PM101AnlageVerfassungsschutzbericht.pdf>



Von Januar bis März diskutierte die Expertenrunde über die Zukunft des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

März 2014



Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Zukunft des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Bericht der Expertenkommission der CDU-Landtagsfraktion zur Zukunft des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Inhalt	
1. Wofür brauchen wir einen Verfassungsschutz?	3
2. Aufgaben des Verfassungsschutzes	7
3. Änderung bei Organisation und Arbeitsweise	9
4. Parlamentarische Kontrolle	15
5. Verfassungsschutz und Transparenz	17
6. Prävention	18
7. Zusammenfassung	19

Abschlussbericht: Auf knapp 20 Seiten fasste die Kommission ihre Ideen zusammen.

AUS DEM PARLAMENT ES WAR EINE SPANNENDE ZEIT

David McAllister verabschiedet sich nach 16 Jahren vom Niedersächsischen Landtag – Aygül Özkan rückt nach

Stehende Ovationen und minutenlanges Applaus begleiteten zu Beginn des März-Plenums den Abschied von David McAllister aus dem Niedersächsischen Landtag. „Es waren spannende Jahre, es waren ereignisreiche Jahre, es waren schöne Jahre“, sagte McAllister in einer kurzen Rede, mit der er sich nach 16 Jahren Landtagszugehörigkeit vom Parlament verabschiedete.

Zuvor hatte McAllister auf eigenen Wunsch sein Landtagsmandat niedergelegt, um sich in den nächsten Wochen auf seine Kandidatur bei der Europawahl am 25. Mai zu konzentrieren. Die Bundes-CDU hatte ihn im Februar als Spitzenkandidat nominiert. McAllister: „Ich werde in den nächsten 60 Tagen sehr viel in Deutschland und im europäischen Ausland unterwegs sein. Niedersachsen ist und bleibt aber meine Heimat.“ McAllister bleibt weiterhin Landesvorsitzender der CDU.

„Niedersachsen ist
und bleibt meine Heimat“

„Mit David McAllister wird künftig ein engagierter Vertreter niedersächsischer Interessen im Europäischen Parlament sitzen“, sagte CDU-Chef Björn Thümler. „Er bringt alles mit, um ein erfolgreicher Europapolitiker zu werden: Mehrsprachigkeit, Weltoffenheit, Überzeugungskraft und nicht zuletzt die Erfahrung aus 16 Jahren niedersächsischer Landespolitik. Die CDU-Landtagsfraktion wünscht ihm viel Erfolg bei seinen bevorstehenden Aufgaben in Europa.“

David McAllister saß seit 1998 als Abgeordneter für die CDU im Niedersächsischen Landtag. Von 2003 bis 2010 war er Vorsitzender der CDU-Fraktion – 2010 übernahm er das Amt des Niedersächsischen Ministerpräsidenten. In seinen 16 Jahren im Niedersächsischen Landtag stand er insgesamt 455 Mal am Rednerpult.



Nach 16 Jahren verabschiedet sich David McAllister aus dem Niedersächsischen Landtag.
Foto: dpa



CDU-Fraktionschef Björn Thümler wünscht David McAllister im Namen der Fraktion viel Erfolg bei der Europawahl.
Foto: dpa



Rückt für David McAllister in den Landtag nach:
Aygül Özkan, MdL.

Für McAllister rückt Aygül Özkan in den Landtag nach. Mit der neuen Umgebung ist sie bereits bestens vertraut: Von 2010 bis 2013 war sie Niedersächsische Sozialministerin. Özkan wird Mitglied im Wissenschaftsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss.

KLARTEXT: ABSCHIEBUNGEN IM MORGENGRAUEN

„Nächtliche Abholzeiten (...) gehören der Vergangenheit an“ – so heißt es auf Seite 20 der Jahresbilanz 2013, die die rot-grüne Landesregierung kürzlich veröffentlicht hat. Die Realität sieht allerdings ganz anders aus: Tatsächlich wurden im vergangenen Jahr in mindestens 100 Fällen Flüchtlinge vor 6 Uhr morgens abgeholt – das musste das Innenministerium jetzt auf Anfrage der CDU-Landtagsfraktion einräumen.

Ein grundlegender Wechsel in der Flüchtlingspolitik, weniger Härte, mehr Menschlichkeit und vor allem keine Nachtabschiebungen mehr – mit diesen Versprechen startete Innenminister Pistorius in sein neues Amt. Die Bilanz nach seinem ersten Jahr als Minister spricht jedoch eine andere Sprache. Aktuelle Statistiken zeigen: unter Rot-Grün ist die Zahl der Abschiebungen gestiegen. So wurden im Jahr 2013 insgesamt 649 Menschen aus Niedersachsen abgeschoben – 2012 waren es 563. Auch von einem gänzlichen Verzicht auf nächtliche Abschiebungen kann angesichts von 100 Fällen keine Rede sein. Für den Beauftragten für Asyl- und Flüchtlingspolitik der CDU-Landtagsfraktion, Ansgar Focke, ein klarer Fall von Etikettenschwindel: „Der Innenminister hat mit seinen überzogenen Ankündigungen Erwartungen geweckt, die er nicht erfüllen kann.“

Den Erklärungsversuch der Landesregierung, bei den nächtlichen Abschiebefällen handle es sich um so genannte Dublin-III-Verfahren, die durch den Bund veranlasst würden und bei denen die niedersächsischen Behörden keinen Einfluss auf die Umstände der Abschiebung habe, will Focke nicht gelten lassen: „Zwar ist es richtig, dass Niedersachsen in diesen Fällen nicht entscheidet, ob abgeschoben wird – sehr wohl aber die Umstände mitbestimmt.“ Natürlich seien nächtliche Abschiebungen weder für die Beamten, die sie durchführen müssen,



Ansgar Focke, MdL – Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Flüchtlings- und Asylpolitik

ten, noch für die Flüchtlinge angenehm. „Fakt ist aber, dass sie sich aus organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden lassen. An dieser Realität kommt auch der Innenminister nicht vorbei“, so Focke.

Auch für die insgesamt gestiegene Anzahl der Abschiebung macht die Landesregierung die Dublin-Verordnung verantwortlich. Im Rahmen dieser Vereinbarung müssen Flüchtlinge in das europäische Land überstellt werden, in dem sie erstmals um Asyl gebeten haben. Die Entscheidung darüber trifft zwar das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Durchführung obliegt aber den Länderbehörden. „Die Unterscheidung zwischen Abschiebungen und Überstellungen ist Augenwischerei. Diese Fälle hat es früher auch schon gegeben, ohne dass sie in den Statistiken explizit als solche gekennzeichnet wurden“, betont Focke. „Die Landesregierung muss endlich aufhören, sich hinter fadenscheinigen Erklärungsversuchen zu verstecken und einsehen, dass ihre Versprechen im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik nicht mit der Regierungswirklichkeit vereinbar sind.“

AKTUELL

SALAFISMUS IN NIEDERSACHSEN – CDU FRAGT NACH

Zahl der Salafisten in Niedersachsen steigt – CDU macht mit Großer Anfrage Druck auf die Landesregierung und fordert konkrete Präventionsstrategien

Bärtige Männer in Kaftanen, die in Innenstädten wiederholt kostenlose Korane an Passanten verteilen, ein Verein Namens „Schlüssel zum Paradies“, der ankündigt, in Kürze ein Missionszentrum in Hannover eröffnen zu wollen – öffentlichkeitswirksame Aktionen salafistischer Gruppen haben in Niedersachsen in den letzten Wochen und Monaten merklich zugenommen und mit ihnen das Medienecho. Während die Bevölkerung irritiert bis besorgt reagiert, begegnet die rot-grüne Landesregierung dieser Entwicklung mit erstaunlicher Gelassenheit. Man beobachtet die Entwicklung sehr genau, heißt es beim Verfassungsschutz kurz und knapp. Innenminister Pistorius kündigte an gewaltbereite Salafisten stoppen zu wollen. Konkrete Präventionsstrategien und Handlungskonzepte der rot-grünen Landesregierung gibt es bislang aber nicht.

Das ist der CDU-Landtagsfraktion zu wenig. Mit einer Großen Anfrage, bestehend aus 92 Einzelfragen zu verschiedenen Themenkomplexen, hakt sie jetzt bei der Landesregierung nach. „Wir sehen bei dem Phänomen Salafismus jede Menge Aufklärungsbedarf“, sagt der Verfassungsschutzbeauftragte der CDU-Fraktion, Thomas Adasch. Die Aktivitäten salafistischer Gruppierungen in unseren Nachbarländern Bremen und Nordrhein-Westfalen sind besorgniserregend. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, mit welcher Geschäftsmäßigkeit der Innenminister die Entwicklung in Niedersachsen begleitet.“

Der zeitgenössische politische Salafismus gilt als die derzeit dynamischste und am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Deutschland. Die Zahl der Anhänger wird bundesweit auf rund 4.500 geschätzt – in Niedersachsen sollen circa 300 Salafisten leben. Die Anhänger des Salafismus verstehen sich als Verfechter eines vermeintlichen Ur-Islams, dessen religi-



Thomas Adasch, MdL – Verfassungsschutzbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion



Salafisten verteilen in Hannovers Innenstadt kostenlos Korane an Passanten.

Foto: dpa

öse Gebote und Normen sie zu allein gültigen politischen Handlungsanweisungen umdeuten. Aufgrund der Ablehnung demokratischer Strukturen und einer zumindest in Teilen der salafistischen Szene verbreiteten Gewaltbereitschaft geht von Salafisten nach Einschätzung von Experten eine besondere Gefahr für die Sicherheit Deutschlands aus. Vor allem auf Jugendliche übt der Salafismus laut Bundesinnenministerium aufgrund moderner Verbreitungsformen über das Internet eine besondere Anziehung aus.

„Die Zahl salafistischer Gruppierungen und ihrer Anhänger steigt stetig an“, so CDU-Verfassungsschutzexperte Adasch. „Während in Nordrhein-Westfalen gerade ein neues umfassendes Präventionsprogramm vorgestellt wurde, steckt die rot-grüne Landesregierung den Kopf in den Sand. Die bestehenden Programme wurden eingestampft und man steht wieder bei Null. Mit unserer Anfrage wollen wir Licht ins Dunkel bringen und die Landesregierung zwingen, endlich zu reagieren.“

AKTUELL

KEINE HARMLOSE SÜSSIGKEIT

E-Shishas sind der neue Trend auf Niedersachsens Schulhöfen – Experten warnen vor möglichen Gesundheitsrisiken

Sie schmecken nach Vanille, Erdbeere oder Schokolade und liegen auf Niedersachsens Schulhöfen derzeit schwer im Trend: so genannte E-Shishas. Was auf den ersten Blick aussieht, wie ein herkömmlicher bunter Kugelschreiber, lässt bei Sucht- und Drogenexperten alle Alarmglocken schrillen. Nach den seit 2006 erhältlichen E-Zigaretten erobern jetzt die elektronischen Wasserpfeifen den deutschen Markt. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen erfreuen sich die neuen batteriebetriebenen Liquidverdampfer wachsender Beliebtheit. Denn anders als E-Zigaretten unterliegen sie nicht dem Jugendschutzgesetz – eine verbindliche Altersgrenze für den Kauf gibt es deshalb nicht.

Zwar sind E-Shishas meist nikotinfrei, Gesundheitsexperten warnen dennoch eindringlich vor möglichen Risiken. „Rauchwerk, egal in welcher Form, gehört nicht in Kinderhände“, sagt auch der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Norbert Böhlke. „Das Ziehen an den elektronischen Inhalationsprodukten ahmt den Vorgang des Rauchens nach und birgt damit die Gefahr, die Hemmschwelle zum Zigarettenkonsum bei Kindern und Jugendlichen zu senken.“ Zudem sei nicht auszuschließen, dass die enthaltenen Inhaltsstoffe gesundheitliche Gefahren bergen. Die meisten Liquide werden in China produziert und unterliegen damit keinen Produktkontrollen. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zu eventuellen Gesundheitsrisiken gibt es bislang noch nicht.

Fest steht aber: Das häufig als Grundsubstanz verwendete Propylenglykol kann beim Einatmen zu allergischen Reaktionen und Atemwegsreizungen führen. Einige Aromastoffe, wie Menthol oder Vanillin, sind zudem Kontaktallergene, die Allergien auslösen



Norbert Böhlke, MdL – gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen



Zweifelhafter Trend: Elektronische Wasserpfeifen, so genannte E-Shishas, erobern derzeit nicht nur den deutschen Markt, sondern auch Niedersachsens Schulhöfe.

Foto: dpa

können. „Bei den E-Shishas handelt es sich keineswegs um harmlose Süßigkeiten“, betont Böhlke. „Hier sind die Gesundheitsbehörden gefragt. Sie müssen informieren und aufklären.“ Eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung hat die CDU bereits gestellt.

Aufgrund der sehr jungen Zielgruppe ist der neue Trend vor allem für Schulen ein Problem. „Seit einigen Wochen kursieren die E-Shishas verstärkt auf den Schulhöfen – viele Eltern und Lehrer sind deshalb besorgt“, sagt Böhlke. „Die Schulen brauchen klare Richtlinien um gegen die Modeprodukte vorgehen zu können.“ Denn derzeit ist unklar, ob an Orten, an denen das Rauchen untersagt ist, auch der Gebrauch der Liquidverdampfer verboten ist – rechtliche Regelungen gibt es bisher nicht. In Anlehnung an die Position der CDU rät jedoch das Deutsche Krebsforschungszentrum den Schulen inzwischen in einer aktuellen Publikation, E-Shishas und Co. zu verbieten.

FRAKTION UNTERWEGS

HÄFEN BESSER ANBINDEN

Rund 300 Millionen Tonnen Güter werden jährlich an den deutschen Häfen umgeschlagen. Allein knapp 70 Prozent des deutschen Im- und Exports werden über den Seeweg abgewickelt. Doch mit der Verschiffung von einem Hafen zum anderen ist es nicht getan – schließlich sitzen die Empfänger meist kilometerweit im Hinterland. Das Problem dabei: Die bestehenden Hafenhinterlandanbindungen ächzen unter dem zunehmenden Gütervolumen. In einer gemeinsamen Resolution fordern die norddeutschen CDU-Hafenpolitiker deshalb Verbesserungen an der entsprechenden Infrastruktur.

„Ohne gute Anbindung nützt der beste Hafen nichts“ - so der einhellige Tenor auf der hafenpolitischen Sprechertagung im März in Kiel. „Die Häfen sind das wirtschaftliche Rückgrat der exportorientierten deutschen Wirtschaft. Das gilt es zu stärken“, erklärt der hafenpolitische Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Bernd-Carsten Hiebing. So müsse die bestehende Infrastruktur erhalten werden. Dringender Sanierungsbedarf bestehe zum Beispiel an den Schleusenammern entlang des Nord-Ostsee-Kanals.

Kritik übten die CDU-Hafenpolitiker vor allem an der Verweigerungshaltung von SPD und Grünen gegenüber Infrastrukturprojekten in Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP), wie bei der A7 zwischen Salzgitter und dem Dreieck Drammetal. „Die rot-grüne Kritik an diesen Finanzierungsmodellen ist nur vorgeschoben, um den Bau wichtiger Verkehrswege weiter hinaus zu zögern“, sagt Hiebing.

Einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Hafeninfrastruktur habe hingegen die Bundesregierung mit der Aufnahme der Hinterlandanbindungen in ein „nationales Prioritätenkonzept“ unternommen. „Ein Konzept allein baut allerdings noch keine Straßen. Dazu braucht es die entschlossene Planfeststellung in den zuständigen Bundesländern“, betont Hiebing. Hier seien es vor allem die Grünen, die wichtige Projekte immer wieder blockieren würden – so zum Beispiel die A20 sowie die A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Die Küstenautobahn A20 sei jedoch notwendig, um die norddeutschen Häfen mit leistungsstarken Verkehrsnetzen zu verbinden. Hiebing: „Die zentralen Infrastrukturprojekte im Norden müssen jetzt angeschoben werden – schließlich geht es nicht nur um die Häfen, sondern um die gesamte Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Norddeutschland.“

Die gemeinsame Resolution der hafenpolitischen Sprecher finden Sie unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/14-03-07-resolutionhpst.pdf>



Die norddeutschen CDU-Hafenpolitiker auf der Sprechertagung in Kiel



Bestehende Infrastruktur erhalten: Investitionsbedarf besteht z.B. an den Schleusenammern entlang des Nord-Ostsee-Kanals – wie hier in Brunsbüttel.

Foto: dpa

TERMINE

27. April- 29. April 2014
CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz Borkum

12. Mai 2014
Fachtagung der CDU-Landtagsfraktion „Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen – was ist zu tun?“

14. Mai- 16. Mai 2014
Sitzung des Niedersächsischen Landtages

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>